

Blick in die Gemeinde: Raben Steinfeld

Am Dienstag, 21. Oktober 2003 hatte der SPD-Ortsverein Ostufer Schweriner See zu einer Diskussion über die Verwaltungsreform den Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Dr. Gottfried Timm in das Feuerwehr- und Gemeindehaus Raben Steinfeld eingeladen. Es waren zahlreiche Bürgermeister und Gemeindevertreter aus den neun Gemeinden des Amtes, der Amtsvorsteher Herr Folgmann, der leitende Verwaltungsbeamte Herr Cordes, Mitarbeiter der Amtsverwaltung und Bürger erschienen, um sich über den Stand der Reform zu informieren.

Zu Beginn begründete Dr. Timm die Notwendigkeit der Verwaltungsreform.

Ein wesentlicher Grund liegt in den demographischen und finanziellen Entwicklungen des Landes. Es ist notwendig, die Verwaltungsaufgaben mit deutlich weniger Personal und damit Kosten zu bewältigen. Die Landesverwaltung soll von 42000 auf 29000 Bedienstete reduziert werden. Diese Zahl entspricht der durchschnittlichen Personalausstattung anderer Bundesländer. Ohne diese Reduzierung fehlen die Mittel für Investitionen in Schulen, Straßen usw.

Die Übertragung von Landesaufgaben auf Kreise ist aber nur dann sinnvoll, wenn die Aufgaben für mehrere Landkreise wahrgenommen werden und diese vorher zu sinnvollen Einheiten zusammengeführt werden. Dies ist auch deshalb notwendig, damit Aufgaben wie Berufschulangebote oder öffentlicher Personennahverkehr sinnvoll organisiert werden können.

Amtsverwaltungen sollten mind. 8000 Einwohner betreuen; im Amt Ostufer Schweriner See leben z.Zt. 9100 Einwohner mit steigender Tendenz. Von daher sind dort keine Änderungen erforderlich.

Angestrebt wird auch ein umfassendes Dienstleistungsangebot in den Amtsverwaltungen für die Bürger/innen durch die Vernetzung der Computertechnik (e-government) der Behörden. Dadurch sollte es möglich werden, dass Bauanträge oder Führerscheine direkt beim Amt beantragt werden können. Über die finanzielle Absicherung für die Ämter wird es dazu noch Verhandlungen geben. Es schloss sich eine sehr angeregte und sachliche Diskussion über das Vorhaben Verwaltungsreform und über die Umsetzung in den Kreisen und Kommunen an.

Dorothee Kiehl-Aha